

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 4

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sionsriemen» zu den Massen und auf das perfekte Funktionieren ihrer eigenen Parteiapparate rechnen können, würde ihr Vorhaben wenigstens eine Chance gehabt haben. Aber sie hatten vom Informationswesen bis zu den Gesellschaftsorganisationen alle Einflussmittel abgegeben und erhielten nicht einmal mehr die Möglichkeit zu einer massenzugänglichen Selbstdarstellung. Auf der andern Seite aber zeigte die KPTsch, dass sie in der Zwischenzeit ihr Instrumentarium zur Ueberzeugung samt Einschüchterung bis zur Perfektion vorbereitet hatte. Sie mobilisierte die Betriebsräte, die Gewerkschaftsorganisationen und die Arbeitermiliz in den Fabriken, sie alarmierte die Sicherheitsorgane, die Armee und die Strasse.

... zur konsequenten Kapitulation

Die offenkundige Unfähigkeit der nichtkommunistischen Parteien, eine Massenkundgebung in der Hauptstadt zu veranstalten, gab der KPTsch jenen Auftrieb, den ein zurückweichender Gegner dem noch unsicheren Angreifer verschafft. Das Auftauchen des ehemaligen sowjetischen Botschafters Zorin in Prag stärkte der KPTsch noch den Rücken, denn auf eine sowjetische Intervention wollte es niemand ankommen lassen.

Während die präzise kommunistische Maschinerie anlief, vermochten sich die nichtkommunistischen Parteien nicht zu einer Sammlung ihrer Kräfte aufzuraffen, und ihre Führer blickten nur gläubig zum Hradschin empor. Doch Benes lehnte es ab, die nichtkommunistischen Minister zu empfangen; dafür empfing er Delegationen der kommunistisch geführten Betriebsräte und Arbeiter, die übrigens damals noch der KPTsch grossenteils in durchaus echter Weise vertrauten.

Die KPTsch ging nun aus der Verteidigung sehr rasch zum Angriff über. Er bedeutete die Einleitung der totalen Machtübernahme. Die Polizei begann mit Verhaftungen in der Provinz, die Arbeitermiliz wurde mit Karabinern bewaffnet.

Am 22. Februar liess Benes durchblicken, dass er bereit sei, dem kommunistischen Druck nachzugeben und eine neue Regierung ohne Beteiligung von Parteien ausserhalb des Bündnisses mit den Kommunisten anzuerkennen. Vierundzwanzig Stunden später waren die Strassen bereits von kommunistischer Polizei besetzt, die Druckereien und Parteisekretariate der Nichtkommunisten befanden sich in den Händen prokommunistischer Kräfte oder wurden von den Sicherheitsorganen geschlossen. Von der KPTsch gesteuerte Aktionskomitees übernahmen die Leitung der nichtkommunistischen Parteien und vertrieben die ihnen nicht genehmen Leute aus ihren Aemtern. Nirgends wurde Widerstand geleistet.

Am 25. Februar empfing Benes die neue kommunistische Regierung, ohne den zurückgetretenen Ministern je die Möglichkeit zu einer Aussprache gewährt zu haben.

Die Enthüllung der Diktatur: Nur die Bestätigung dessen, was man nicht hatte sehen wollen

Die Sozialdemokratische Partei ging in die KPTsch auf (wer damit nicht einverstanden war, wurde bestenfalls ausgeschlossen und

schlimmstenfalls verhaftet), die übrigen Parteien wurden unter parakommunistischer Führung in zustimmende Gruppierungen umgewandelt, die nicht einmal eigene Varianten darstellten, geschweige denn Alternativen. Das alles verlief praktisch reibungslos. Nur im Sekretariat der Sozialdemokratischen Partei kam es zu einem Handgemenge, und Prager Hochschuliler zogen in einem Protestmarsch zur Burg. Beim Aufstieg zum Hradschin wurden die Demonstranten von der Polizei gestoppt. Die Studenten schickten eine Delegation zu Benes, der sie nicht empfing.

Die Februar-Ereignisse bestätigten im wesentlichen den tatsächlichen Stand der Dinge im Land. Die KPTsch stellte schon seit 1945 den herrschenden Faktor der Innenpolitik dar, und die Aussenpolitik bestand darin, die Anweisungen aus Moskau willig auszuführen.

«Jede Illusion, die der Westen vielleicht noch hätte haben können, löste sich nach den Prager Februar-Ereignissen auf... Es war höchste Zeit zu reagieren, denn die Prager Tragödie war nur der Höhepunkt einer ganzen Serie von Ereignissen, die nach und nach jede Hoffnung zerstörten, dass es eine auf Gerechtigkeit und Freiheit

begründete internationale Ordnung geben konnte.» So schrieb Paul-Henri Spaak.

Am 17. März 1948, etwas mehr als zwei Wochen nach den Prager Ereignissen, unterschrieben die Staaten des Westens den Brüsseler Vertrag und legten damit den Grundstein zum Nordatlantikpakt. Während sich der Westen jenseits des nunmehr entstehenden Eisernen Vorhanges auf seine Selbstbehauptung zu besinnen begann, ging die KPTsch zur nächsten Phase der Pazifizierung des Landes und der Sicherung ihres Regimes über. Nach der Lockerung der sechziger Jahre und dem Reformversuch von 1968 ist sie wiederum in vollem Gange. Im Unterschied zu damals reagiert der Westen allerdings nicht mehr mit Selbstbehauptung, sondern mit Selbstauflösung. Das Verhalten seiner nichtkommunistischen Kräfte erinnert an das Verhalten der nichtkommunistischen Kräfte in der Tschechoslowakei vor 1948. Vergleichbar ist dabei nicht so sehr die Gesamtheit der Umstände mit ihren Entsprechungen und Unterschieden als vielmehr die Mentalität. Die artige Verbeugung kann ein Gespräch einleiten. Aber wenn der Partner die Rute in der Hand hält, leitet sie etwas anderes ein.

Zusammenhänge

Die progressive Kapitulation der nichtkommunistischen demokratischen Kräfte vor der laufenden Machtübernahme ihrer Gegner in der Nachkriegtschechoslowakei von 1945 bis 1948 ist unter den damaligen historischen Umständen vielleicht mehr Begleitumstand und Symptom als Ursache des historischen Geschehens. Schliesslich wurde 1948 nicht nur die Tschechoslowakei in die Aera des sowjetischen Kommunismus geführt, sondern ganz Osteuropa. Anderswo waren die jeweiligen nationalen Gegebenheiten verschieden; so gab es keine gleichwertige Tradition bürgerlicher Demokratie zu verteidigen, und damit konnte es auch nicht, oder wenigstens nicht im gleichen Ausmass, an der mangelnden Selbstbehauptung einer politischen und gesellschaftlichen Ordnung liegen, welche das Gesetz des Handelns freiwillig abtrat. Die unterschiedlichen Alternativkräfte in andern Ländern legten zum Teil auch nicht die gleiche Dozilität an den Tag wie die pluralistische Vertretung der Bevölkerung in der Tschechoslowakei. Und trotzdem triumphierte zur gleichen Zeit das gleiche Einheitsmodell in ganz Osteuropa, und der einzige Unterschied zur Tschechoslowakei bestand darin, dass sich der Umsturz blutiger und gewaltsamer anliess als in der Tschechoslowakei, wo die KPTsch die formale Legalität soweit ausnützte als es ihren Zwecken diente. Der entscheidende Faktor war die sowjetische Präsenz, die in Osteuropa sowohl die kommunistische Machtergreifung als auch den Typus der nachfolgenden Machtausübung bestimmte, was immer die jeweils vorliegenden Umstände waren.

Das Argument liegt also nahe, dass es in der Tschechoslowakei auch nichts genützt haben würde, wenn die nichtkommunistischen Kräfte in den ersten drei Nachkriegsjahren den Widerstand der Anpassung vorgezogen hätten. Die Tschechoslowakei sei seit Jalta der sowjetischen Einflusszone zugeordnet gewesen, und damit ha-

be das Land seinem Schicksal gar nicht mehr entgehen können. Ein Aufbäumen dagegen hätte bloss zu Blutvergiessen geführt, ohne dass damit irgend etwas zu gewinnen gewesen wäre. Auch wenn sich die Rote Armee 1948 nicht mehr in der Tschechoslowakei befand, war sie als Macht- und Druckmittel natürlich vorhanden, wie denn überhaupt die alternativlose Ausrichtung der Aussenpolitik auf die UdSSR eine vom Westen hingegenommene Gegebenheit des Landes war.

Das alles sind Ueberlegungen, die ihre Plausibilität haben, und es mag durchaus sein, dass es den politischen Vertretern der nichtkommunistischen Mehrheit tatsächlich nichts genutzt hätte, wenn sie für ihre Vorstellungen einer politischen Ordnung auch eingestanden wären. Andererseits kann man das Motiv der «Unabänderlichkeit» auch übertreiben. Wenn die Jugoslawen, das heisst in jenem Falle die dortige kommunistische Führung, es 1948 nicht auf die Kraftprobe mit allen ihren Risiken hätten ankommen lassen, so würde man im nachhinein einen eigenen jugoslawischen Weg ebenfalls als unmöglich betrachtet haben.

Aber wie dem immer sei. Sogar wenn wir der These zustimmen, dass die Nachkriegtschechoslowakei so oder anders ihrem Schicksal ausgeliefert war, unter die interne kommunistische Diktatur und die externe sowjetische Diktatur zu kommen, ist das damalige Exempel wenigstens in einer Hinsicht schlüssig. Es hat den demokratisch-pluralistischen Kräften rein gar nichts genützt, dass sie mit jenen Kräften «Partnerlis» spielten, welche die demokratische Partnerschaft zu keinem Zeitpunkt als Ziel hatten oder auch nur als Ziel vorgaben. Leute mit totalitären Vorstellungen lassen sich durch Entgegenkommen nicht von ihrem Ziel abbringen. Man hat das bei den Nationalsozialisten und bei den Kommunisten gesehen. Und insofern kann uns das tschechoslowakische Modell zur Lehre dienen, als der innern Parallelität zu unserer Zeit das Korrelat der äusseren Parallelität fehlt.

(Fortsetzung auf Seite 12)

Unsere Meinung

Der Modellfall

Eigentlich hätte die Tschechoslowakei ein Modellfall werden sollen. Denn dort fand erstmals die kommunistische Machtergreifung in einem entwickelten Industrieland mit demokratischen Traditionen statt. Und 25 Jahre nach diesem Ereignis erleben wir ausgerechnet in diesem Lande den totalsten Triumph des Sowjetmodells nach einem «Normalisierungsprozess» durch die gleiche UdSSR, mit der ein gefügiges Westeuropa seine Beziehungen ebenfalls zu normalisieren sucht. Der Modellfall hat nicht stattgefunden.

Es gibt eine recht verbreitete Ansicht, wonach der Sozialismus sowjetischer Prägung, diese oligarchische Diktatur mittels eines Machtapparates, das jeder Kontrolle durch die Bevölkerung entzogen ist, sozusagen ein historischer Irrtum ist. Statt dass das marxistische Gedankengut zunächst in der Industriegesellschaft triumphierte, für die es bestimmt war, sei es eben in einem Entwicklungsland zum Durchbruch gekommen, wo seine Anwendung entsprechend der vorgefundenen historischen Gegebenheiten nur verfälst habe stattfinden können. Die Folge sei eben jener «asiatische Kommunismus», eine spezifische Abweichung vom richtigen Modell, das in der Geschichte erst noch erprobt werden müsse.

Hinter dieser Ansicht liegt häufig die Meinung, dass eine kommunistische Machtergreifung in unsern europäischen Industriestaaten grundlegend andere Verhältnisse schaffen werde, als man sie heute in der Sowjetunion antrifft. Keine Willkürherrschaft, keine Konzentrationslager und Irrenhäuser für Andersdenkende, keine sture Plan- und Mangelwirtschaft, keine neuen Zaren und kein Sozialfaschismus, keine Verunmöglichung der persönlichen und staatsbürgerlichen Freiheiten.

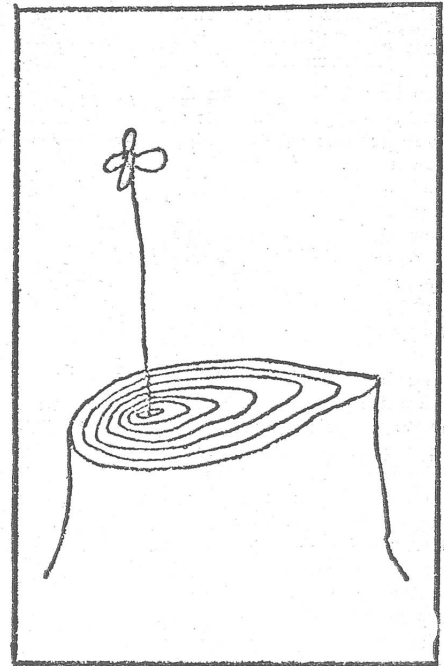
Nun ist dieses Industrieland mit demokratischen Traditionen, in dem eine kommunistische Machtergreifung so ganz andere Ergebnisse

nach sich ziehen müsste, tatsächlich schon vorgefallen. Es ist die Tschechoslowakei. Und wie sind sie, die Resultate?

Gewiss, man hat seine Erklärungen, weshalb es diesem Lande nicht gestattet war, zum «richtigen» Modell des Sozialismus marxistischer Auffassung zu werden. Das Land konnte eben seinen eigenen Weg nicht gehen, weil Moskau ihm das stalinistische Modell aufzwang. Und das falsche Verständnis vom Sozialismus hat seit fünf Jahren erneut die eigentlich systemgerechte Entwicklung überlagert, so dass die Tschechoslowakei immer noch nicht das Modell für jenen marxistischen Sozialismus sein kann, den die Kommunisten in Westeuropa als erste versuchen werden.

Hierzu ist zunächst zu sagen, dass im Zeitalter der Breschnew-Doktrin, der sowjetischen Supermacht und der Moskauer Hegemonialmacht über den Kontinent die Aussichten für jenen immer noch legendären adäquaten Sozialismus einer demokratischen Industriegesellschaft offensichtlich nicht verbessert, sondern erheblich verschlechtert sind. Die Möglichkeiten, dass uns die Sowjetunion ihr eigenes Modell ebenso aufzwingen wird wie der Tschechoslowakei sind seit der glücklich überwundenen Aera des «Polyzentrismus» gestiegen. Sie hat dazu bessere Voraussetzungen als je, und sie hat, wie ihre Restalinisierung beweist, auch den Willen dazu stärker als zuvor.

Zum andern ist die Dominanz des sowjetischen Modells noch lange kein Beweis dafür, dass eine kommunistische Machtausübung ausserhalb des Moskauer Gravitationsfeldes keine diktatorische Machtausübung wäre. Im Gegenteil, was an Beispielen vorliegt, bestätigt immer nur jene Hauptkriterien. Schliesslich hat es in der CSSR 1968 tatsächlich den «Prager Frühling» gegeben. Sein Modellfall bestand darin, dass er bei unveränderten Eigentumsverhältnissen wieder zu den Kriterien der «bourgeois» Demokratie tendierte. Wir hatten nichts dagegen, gar nichts. Es läge an den hiesigen Feinden der bourgeois Ordnung, zu sagen, ob auch sie nichts dagegen haben.



Hoffnung («Listy», Prag, Nr. 1/1969)

Zusammenhänge

(Fortsetzung von Seite 5)

Wir sind von der Sowjetunion nicht so zwangsabhängig, dass sie unsere interne Entwicklung ganz einfach bestimmen könnte, was immer wir auch tun. Das ist zum allermindesten noch nicht so weit, und es steht uns immer noch frei, dafür zu sorgen, dass es nicht so weit kommt. In dieser Hinsicht unterscheidet sich unsere westeuropäische Situation von der Lage der Nachkriegstschecoslowakei. Wir haben immer noch die Option, die Benes und seine Exilregierung in der Kriegszeit hatten, nämlich nicht auf die sowjetische Karte als Garant unserer Sicherheit zu setzen. Allerdings wird es Zeit, diese Option auch wahrzunehmen, und es gilt immerhin schon jetzt, das Bewusstsein gegen die Suggestiveinflüsterung zu stärken, dass wir sie nicht mehr hätten. Denn soweit sind wir doch schon, dass die Interpretation einer äusseren Zwangslage, in der wir das Diktat der sowjetischen Vormacht Europas hinzunehmen hätten, eben diese Zwangslage herbeiführen kann.

Mittlerweile aber haben wir die Entschuldigung nicht, die man den demokratischen Kräften in der Nachkriegstschecoslowakei zubilligen kann, wenn sie in der internen Politik zu einer Selbstbehauptung gegenüber den kommunistischen Machtansprüchen nicht mehr fähig oder nicht mehr willens waren. Ihnen hätte es möglicherweise nichts genützt, wenn sie sich anders verhalten hätten. Uns hingegen wird es mit Bestimmtheit nichts nützen, wenn wir uns ebenso verhalten wie sie. Wo man die prinzipielle Gegnerschaft zum Kommunismus politisch und gesellschaftlich verunmöglicht, nimmt die demokratische Selbstbehauptung der Gesellschaft ebenso Schaden wie damals, als sie in Deutschland auf die prinzipielle Gegnerschaft zum Nationalsozialismus verzichtete.

Christian Brügger

LIBERTÉ
EGALITÉ
FRATERNITÉ

REALITÉ

Josef Brožek

«Dikobraz», Prag, 21. Januar 1969